

Grün leben. Nachhaltiger Konsum – Lebensstil mit Zukunft

B16/39

Inhalt

Nachhaltiger Konsum – Lebensstil für die Zukunft	1
Ernährung: Bio ist gut für alle	3
Energie: Drei E's geben die Antwort.....	4
Mobilität: Rückgrat ist der öffentliche Verkehr	6
Wohnen: Gute Nachbarschaft	8
Textilien, Spielzeug, Teppiche: Naturstoffe im Vorteil	9
Geldanlage: Verantwortung ist im Kommen	10
Verbraucherinformation: Bessere Rechte überfällig.....	11
Beschaffen und Entsorgen mit Verstand	12
Noch Fragen?	13

Nachhaltiger Konsum – Lebensstil für die Zukunft

Eine Gesellschaft, die sich im Prinzip alles leisten kann, orientiert sich neu. Sorgfältige Auswahl ersetzt zunehmend den schnellen Kaufimpuls. Es geht um mehr Lebensqualität – für sich selbst und für andere. Lebensqualität bedeutet Genuss, aber ebenso, die dafür notwendigen Lebensgrundlagen zu erhalten. Und andere an einem „guten Leben“ teilhaben zu lassen.

Wer Lebensqualität sucht und nachhaltig konsumieren möchte, findet in dieser Broschüre wissenswerte Zusammenhänge, Lösungsansätze und Tipps. Jeder kann mit seiner Kaufentscheidung Einfluss nehmen. Ob auf dem Bauernhof die Tiere auf der Weide stehen dürfen oder Wälder nachhaltig bewirtschaftet werden, entscheiden wir mit. Wir haben die Wahl. Und die Verantwortung – zumindest da, wo Politik die richtigen Rahmenbedingungen setzt und VerbraucherInnen tatsächlich wählen können. Denn entscheiden sie sich für die „Billig-Schiene“, stehen oft ein knappes Budget oder mangelnde Aufklärung dahinter.

Viele BürgerInnen sind schon „nachhaltig“ unterwegs. Positive Beispiele vom Einkaufen vor Ort bis zur Genossenschaft für erneuerbare Energien zeigen: Grüner Konsum bewährt sich im Alltag. Die Trends beginnen im Kleinen. Wenn sie Erfolg versprechen, setzen sie sich durch.

Erfolg haben neue Lebensstile dann, wenn es gelingt, nüchterne Notwendigkeit mit Gewinn zu verbinden: Gewinn an sozialer Gerechtigkeit, Genuss und mehr Lebensqualität. Wir können so leben, dass die natürlichen Lebensgrundlagen auch für unsere Kinder und die Menschen weltweit erhalten bleiben.

Die Erde ist endlich

Die Suche nach einer ökologischen und sozial verträglichen Lebensweise und ein ganzheitliches Herangehen zeichnen uns Grüne seit der Gründung aus. Grüne Konsumkritik hat im Wesentlichen zwei Seiten. Die eine gründet in der Erkenntnis, dass unsere Erde nicht unendlich belastbar ist. Die andere hinterfragt die sozialen Wirkungen der Lebensstile.

Die aktuelle Diskussion um die Folgen der Globalisierung gibt dem Nachhaltigkeitsthema neue Dynamik. 6,3 Milliarden Menschen bevölkern heute die Welt, nur 1,7 Milliarden bilden die so genannte Konsumschicht mit einem aufwändigen Lebensstil. Gleichzeitig hungern immer noch mehr als 850 Millionen Menschen, obwohl für alle genug da wäre.

Wasser, Rohstoffe, gesunde Lebensmittel und fruchtbares Land werden knapp. Der Klimawandel nimmt bedrohliche Ausmaße an. Die Welt erlebt zurzeit ein verheerendes Artensterben – das Ergebnis menschlichen Wirtschaftens.

Schon seit Mitte der 80er Jahre verbraucht der Mensch mehr Ressourcen im Jahr, als die Erde im gleichen Zeitraum erneuern kann. Die so genannte Biokapazität gibt an, wie viel Fläche jedem Erdenbürger rein rechnerisch zur Verfügung steht, um seinen Bedarf zu decken. Heute verbraucht jeder Einzelne im Weltdurchschnitt den Ertrag von 2,23 Hektar, obwohl ihm laut Biokapazität nur 1,8 Hektar zustehen.

Dabei ist der Ressourcen- und Energieverbrauch global sehr unterschiedlich und ungerecht verteilt. Nur ein Fünftel der Menschheit verbraucht mit circa vier Fünftel den überwiegenden Teil aller Ressourcen.

Nachhaltig konsumieren und produzieren

Vorschläge für eine andere Lebensweise liegen längst auf dem Tisch. Bereits 1992 hat die internationale Staatengemeinschaft in Rio de Janeiro mit der „Agenda 21“ ein umfassendes Handlungsprogramm zur nachhaltigen Entwicklung beschlossen. Gefragt ist ein Lebensstil, der soziale Gerechtigkeit mit ökologischer Verantwortung verbindet und dabei ohne puritanischen Griesgram auskommt. Als Verbraucher können wir mit unserem Einkaufskorb entscheidend die Konsumkultur verändern.

Auch die Produzenten haben Handlungsalternativen. Hersteller alltäglicher Konsumprodukte können beispielsweise noch viel stärker auf biologische und umweltschonende Verarbeitung, auf Energie- und Materialeffizienz und auf einen fairen Handel achten. Sie werden es müssen, denn immer mehr VerbraucherInnen erwarten genau das.

Politik in der Verantwortung

Es muss gelingen, eine neue Kultur des Brauchens statt des Verbrauchens zu etablieren. Dazu müssen auch alle Politikfelder von der Bau- und Verkehrspolitik über Agrar- bis zu Wirtschafts- und Abfallpolitik stärker auf Nachhaltigkeit ausgerichtet werden. Die Politik muss umschalten: auf ökologisches Wachstum, grüne Marktwirtschaft, Kreislaufwirtschaft, Transparenz, Aufklärung und Bürgerbeteiligung sowie die Förderung nachhaltigen Wirtschaftens.

In Deutschland haben wir erreicht, dass der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und der Tiere Staatsziele im Grundgesetz sind. Die rot-grüne Bundesregierung hat den Rat für Nachhaltige Entwicklung eingesetzt und die „Nationale Nachhaltigkeitsstrategie“ beschlossen. Auch eine Reihe überfälliger Reformen hat Rot-Grün eingeleitet, vor allem in der Energiepolitik, im Umweltrecht und in der Förder-, Steuer- und Informationspolitik.

Doch in all diesen Fragen rudert die schwarz-rote Koalition zurück. Der Verantwortung für das Thema Nachhaltigkeit will sie sich offenbar nicht stellen. Haushaltsmittel für Aufklärung über nachhaltigen Konsum streicht sie zusammen. Sie versäumt es, in der Klimaschutz-, Energie-, Verkehrs- und Umweltpolitik und im öffentlichen Beschaffungswesen die richtigen Maßnahmen zu ergreifen.

Wir fordern, dass in internationalen Verhandlungen die europäischen Umwelt-, Sozial- und Verbraucherstandards vehementer eingebracht werden. Die deutsche Ratspräsidentschaft in der Europäischen Union muss dazu genutzt werden. Deutschland hat

eine Vorreiterrolle zu verlieren, vor allem im Klimaschutz. Auch hier zu Lande brauchen nachhaltige Entwicklung insgesamt und nachhaltiger Konsum im Besonderen kräftige Anschläge.

Wir brauchen ein Nachhaltigkeitssiegel

Die Politik muss die BürgerInnen mit klarem Ordnungsrecht vor Umwelt-, Gesundheits- und wirtschaftlichen Gefahren bewahren. Bei stark ressourcenverbrauchenden und umweltbelastenden Produkten muss sie dafür sorgen, dass die gesellschaftlichen Kosten in den Produktkosten eingerechnet werden. Gleichzeitig muss sie so viel Transparenz auf dem Markt herstellen, dass die VerbraucherInnen auf vernünftiger Grundlage selbst entscheiden können. Deshalb fordern wir ein umfassendes, staatlich garantiertes Nachhaltigkeitssiegel.

Die Welt von unten verändern

Alles hängt mit allem zusammen. Unser hoher Papierverbrauch bedroht die Wälder weltweit ebenso wie unser übermäßiger Fleischkonsum. Und wer jede Woche eine neue Welt mit Billigwaren bei Discountern entdecken will, nimmt die miserablen Lebensbedingungen der Textilarbeiterinnen und Teepflücker in Kauf.

Manchmal finden die Umweltzerstörungen für uns Verbraucher unsichtbar statt. Wer weiß schon, dass für den Thunfisch auf unserer Pizza Millionen von Delfinen als „Beifang“ sterben müssen? Die UNO will darauf aufmerksam machen und hat das Jahr 2007 zum Jahr des Delfins ausgerufen.

Bedürfnisse von heute sollen die Lebensgrundlagen und Chancen künftiger Generationen nicht beeinträchtigen. Manchmal genügen tatsächlich schon ein paar Handgriffe. So können veränderte Fischfangmethoden ein Ökosystem retten. Meistens gilt es aber, jahrzehntealte Strukturen und Gewohnheiten zu verändern. Das ist mühsam. Doch dicke Bretter zu bohren, ist unsere Leidenschaft.

Ernährung: Bio ist gut für alle

Viele Verbraucher honorieren bereits die bessere Qualität und den hohen Gesundheitsnutzen ökologischer Ware. Wer sie sucht, findet mittlerweile in Bauern- und Supermärkten eine vielseitige Auswahl gesunder Lebensmittel von Wurst und Käse aus artgerechter Tierhaltung bis zu regionalen Spezialitäten. Slowfood und Genuss boomen mit hohen Wachstumsraten. Konsum mit gutem Gewissen macht nicht nur Spaß, sondern schmeckt auch besser. Und konsumbewusste Verbraucher und Verbraucherinnen setzen mit Biolebensmitteln ein Zeichen gegen billige Massenproduktion, Mega-Mastbetriebe und ruinösen Verdrängungswettbewerb.

Zu dick, zu viel Fleisch, zu krank

Der ungesunde Trend zum Übergewicht belastet unsere Gesundheit und unser Gesundheitssystem. Zehn Prozent unserer Kinder und Jugendlichen sind bereits in ihrer körperlichen und motorischen Leistungsfähigkeit eingeschränkt. Nach Erhebungen der Deutschen Diabetes Gesellschaft sind in Deutschland etwa 2,5 Millionen Diabetes-2-Fälle durch Übergewicht bedingt.

Zu viel Fleisch auf unseren Tellern schadet nicht nur unserer Gesundheit. Statt 300 Gramm, wie Ernährungswissenschaftler empfehlen, konsumieren wir im Durchschnitt 1,4 Kilogramm pro Woche. Die massenhafte Fleischproduktion wird auch mit Gen-Soja als Futtermittel aus Brasilien erkaufte, dessen großflächiger Anbau dort zur Zerstörung von Regenwäldern und bäuerlichen Lebensräumen beiträgt.

Vor allem gegen den Trend zu Fertiggerichten und für die gemeinschaftliche Verpflegung in Schule, Betrieb und Seniorenwohnheimen fordern wir neue Lösungen. Je weniger Arbeitsschritte, desto geringer der Energie- und Rohstoffverbrauch. Und je durchdachter die Konzepte, desto schneller können sich andere, tragfähige Ernährungsmuster durchsetzen.

Klasse statt Masse

Grüne Politik ist ausgerichtet auf die Förderung gesunder, gentechnikfreier, ökologisch erzeugter und fair gehandelter Lebensmittel – Klasse statt Masse eben.

Aber „Bio und fair“ muss für alle erreichbar sein. Auch für Studenten und für die, die von Arbeitslosengeld oder Grundsicherung leben. Das ist eine Herausforderung für den modernen Sozialstaat.

Unser Ziel sind 20 Prozent unserer Lebensmittel aus ökologischem Anbau, eine intakte Landschaft und tragfähige Bauernhöfe. Allein im letzten Jahr hat der Biomarkt um elf Prozent zugenommen. Seit die grüne Verbraucherministerin Renate Künast das einheitliche Biosiegel eingeführt hat, sind ökologische Lebensmittel deutlich auf dem Vormarsch. In den Bio- und Supermärkten sind mehr als 32.500 Produkte mit diesem Qualitätszeichen zu finden. Weil man mit Aufklärung gar nicht früh genug beginnen kann, wollen wir Ernährungsbildung auch als Ausbildungs- und Schulfach.

Doch Verbraucherminister Seehofer tut das Gegenteil. Er lässt Genmais zum kommerziellen Anbau zu, streicht die Förderung für den Ökolandbau zusammen und kürzt die Forschungsmittel in diesem Bereich. Die Nachfrage nach „Bio“ steigt, doch Schwarz-Rot blockiert die ökologische Produktion in Deutschland. Initiativen für mehr Transparenz, Verbraucherinformation, Aufklärung, Modellprojekte – Fehlanzeige.

Gentechnikfreie Produktion schützen

Die große Mehrheit der deutschen Bevölkerung lehnt Gen-Food ab. Die Risiken sind hoch und ungenügend erforscht, der Nutzen ist nicht erkennbar und die Kosten für die Gesellschaft sind enorm. Die Produktion gentechnikfreier Lebensmittel wird durch Verunreinigungen bedroht. Auch gegen den Welthunger ist mit Genfood kein Kraut gewachsen. Im Gegenteil, es entstehen neue Abhängigkeiten von multinationalen Saatgutkonzernen.

Wir haben mit unserem Gentechnikgesetz dafür gesorgt, dass die gentechnikfreie Produktion und die VerbraucherInnen bestmöglich geschützt werden. Vor allem bei Bioprodukten können sie vor Gen-Food sicher sein. Sonst hilft ein genauer Blick auf die Verpackung, denn gentechnisch veränderte Lebensmittel müssen gekennzeichnet werden. Eine Lücke gibt es allerdings bei tierischen Produkten, die mit gentechnisch veränderten Futtermitteln hergestellt wurden, also Milchprodukte, Eier, Fleisch und Wurst. Wir fordern auch hier von der EU eine klare Deklarationspflicht.

Schwarz-Rot will jetzt den Anbau von Gen-Pflanzen erleichtern und gefährdet damit die gentechnikfreie Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion. Dagegen werden wir uns gemeinsam mit Umweltverbänden und VerbraucherInnen entschieden wehren.

Politik mit dem Einkaufskorb

Wer Biolebensmittel einkauft, tut natürlich sich selbst etwas Gutes. Sie liefern mehr wertvolle Inhaltsstoffe – Äpfel zum Beispiel mehr Vitamin C und sekundäre Pflanzenstoffe – und sie enthalten weniger schädliche Substanzen. Konventionelles Obst und Gemüse ist nachweislich bis zu 200-fach stärker mit gesundheitsschädlichen Pestizidrückständen belastet als Bioprodukte.

Ökologisch angebaute Lebensmittel vereinen darüber hinaus viele Vorteile. Natur- und Umweltschutz sind inklusive, artgerechte Tierhaltung wird unterstützt. Möglichst saisonal und aus der Region bieten sie außer Geschmack und Frische auch kurze Verkehrswege für den Einkauf wie für den Transport. Lebenswerte Wohn- und Wirtschaftsstrukturen werden damit indirekt gefördert, auch sichere Arbeitsplätze. Rund 150.000 Menschen arbeiten in Deutschland bereits in der Biobranche. Werden Sie Fair-BraucherIn, kaufen Sie Lebensmittel, die ökologisch erzeugt und fair gehandelt werden.

Gut zu wissen

Mit jedem Kilo Biobrot, das pro Woche gekauft wird, werden mehr als zwei Quadratmeter Boden chemiefrei gehalten.

Links:

- Aktionsbündnis gegen Gentechnik im Haushalt www.mein-nein.de
- Spitzenverband landwirtschaftlicher Erzeuger, Verarbeiter und Händler ökologischer Lebensmittel in Deutschland www.boelw.de
- Das staatliche Label für Biolebensmittel www.biosiegel.de
- Kampagne für mehr Bioprodukte in der Außer-Haus-Verpflegung von Kindern und Jugendlichen www.bio-kann-jeder.de
- Organisation für fairen Handel www.transfair.org
- Verein zur Pflege der Esskultur www.slowfood.de
- Der nachhaltige Warenkorb www.nachhaltigkeitsrat.de

Energie: Drei E's geben die Antwort

Auf erneuerbare Energien umschalten, Energie sparen und Energie effizienter nutzen: Die drei E's sind die zukunftsweisende grüne Antwort auf unsere Energieprobleme.

Erdöl, Erdgas und Uran werden knapp, das kann jeder an seiner Heiz- und Stromrechnung oder an den Zapfsäulen feststellen. Denn knappe Güter werden teuer, gleichzeitig streichen die Energiekonzerne Rekordgewinne ein. Die jüngsten Entwicklungen sind erst der Beginn einer einsetzenden Preisrallye. Es ist Zeit, auf die Energiequellen von morgen umzustellen. Sonne und Erdwärme, Wind und Wasser, Biomasse und Meeresenergien stehen unbegrenzt zur Verfügung oder bilden sich immer wieder neu. Wir

können einen Energiekreislauf nutzen, der sparsam und effizient die Strom- und Wärmebedürfnisse der Menschen deckt.

Energiesparen heißt nicht allein, auf lieb gewonnene Gewohnheiten zu verzichten, sondern bedeutet ganz klar auch Geld zu sparen. Mit effizienten Geräten ist das bereits ohne Einbußen an Leistung möglich. Jede HausbesitzerIn mit einem Solardach, jede AutofahrerIn mit einem Sprit sparenden Kleinwagen weiß das zu schätzen.

Prima Klima?

Aktuelle Klimastudien zeigen es unmissverständlich: Der ungebremste Ausstoß von Treibhausgasen wirkt sich weltweit schneller aus als befürchtet. Erderwärmung, Stürme, Dürren und Überschwemmungen sind die Folgen. Die Ökosysteme mit ihrer Artenvielfalt sind bedroht, Naturräume verändern sich.

Der ehemalige Weltbank-Chefökonom Sir Nicholas Stern warnt in seinem Report für die britische Regierung vor wirtschaftlichen Schäden in Höhe von fünf bis zwanzig Prozent der globalen Wirtschaftsleistung. Die Kosten einer konsequenten Klimaschutzpolitik schätzt er dagegen nur auf etwa ein Prozent des weltweiten Bruttoinlandsprodukts. Bereits heute sind die wirtschaftlichen Schäden durch Naturkatastrophen ein großes Problem. Der Hurrikan Katrina beispielsweise hat den Großraum New Orleans 2005 zerstört und die BewohnerInnen zu Umweltflüchtlingen gemacht.

Atomenergie ist keine Lösung

Atomkraft ist keine Antwort auf den Klimawandel. AKWs sind gefährlich im Betrieb, anfallsgefährdet und tragen zur weltweiten Verbreitung von waffenfähigem, hoch angereichertem Uran bei. Der radioaktive Atommüll wird auch den kommenden Generationen noch jahrtausendlang Kopfzerbrechen bereiten. Und: Die Uranvorräte werden in nur 30 bis 60 Jahren verbraucht sein.

Ein Wiedereinstieg in die Atomkraft oder eine Laufzeitverlängerung würden dem Klima kaum nützen. Dafür ist der Anteil der Atomenergie an der Endenergieversorgung – in Deutschland etwa fünf Prozent, weltweit nicht einmal zwei Prozent – viel zu gering. Die notwendige Verringerung der Treibhausgas-Emissionen bei der Energieerzeugung – mindestens um 30 Prozent bis 2020 und um 40 Prozent bis 2030 – kann ohne Atomenergie erfüllt werden. Eine Studie der Grünen im Europäischen Parlament belegt das eindrucksvoll.

Keine Zeit verlieren

Wir setzen uns – bisher leider als einzige politische Partei – für einen konsequenten Klimaschutz ein. Wir wollen eine forcierte Senkung der Treibhausgasemissionen durchsetzen. 40 Prozent Einsparung bis 2020 und 80 Prozent bis 2050 sehen wir als notwendig und möglich an.

Wir wollen mehr Energie sparen und die erneuerbaren Energien in der Strom- und Wärmeerzeugung massiv ausbauen. Wenn wir mehr Versorgungssicherheit und mehr Wettbewerb im Energiesektor erreichen, dann bedeutet das auch das Ende für die Energiemonopole. Ein entscheidender Beitrag muss der Umstieg auf Kraftstoff sparende Autos, alternative Treibstoffe und Antriebe sein. Je früher, desto besser.

Die schwarz-rote Bundesregierung tut das genaue Gegenteil. Sie schützt die Großindustrie und stützt die Energiemonopole. So lange die Autoindustrie mit Spritschleudern und die Energieerzeuger mit Kraftwerkstechnik von vorgestern viel Geld verdienen können, verlieren wir alle miteinander wertvolle Zeit.

Den Stromdieben auf der Spur

Wenn die Politik den richtigen Rahmen setzt, ist jeder Einzelne in der Lage zu sparen und nachhaltig zu handeln.

So hilft beispielsweise das europäische Energielabel bei der cleveren Auswahl eines verbrauchsarmen Kühlschranks. Ein ganz praktischer Beitrag, Energie im Haushalt effizient einzusetzen. Es ziert auch Energiesparlampen, die zwölf Mal länger leuchten und 80 Prozent Energie sparen.

Wer schon einmal den Stromdieben auf der Spur war, weiß, dass Stand-by-Schaltungen an Elektrogeräten allein zehn Prozent des Stromverbrauchs ausmachen. Wenn man sie einfach abstellt oder abschafft, wie wir das politisch fordern, können nach Schätzungen des Umweltbundesamtes in Deutschland 3,5 Millionen € jährlich eingespart werden. Zwei AKWs wären überflüssig.

Mit dem Wechsel zu einem Ökostromanbieter kann man den Energiekonzernen mit ihren AKWs und Kohle-Dreckschleudern die kalte Schulter zeigen, statt dessen erneuerbare Energien unterstützen und den CO₂-Ausstoß verringern. Und nebenbei werden dauerhafte Arbeitsplätze geschaffen, in den letzten Jahren schon 160.000. Die Initiative „Atomausstieg selber machen“ zeigt, dass der Umstieg auf die Energie der Zukunft verblüffend einfach ist.

Gesucht, gefunden, gespart

Für die Schüler des Projekts „Energiesparen macht Schule“ in Detmold ist die Suche nach Energiefressern ein richtiger Sport geworden. Insgesamt wurden dort von 1998 bis 2003 rund zwölf Prozent Wärme, Strom und Geld eingespart.

Links:

- Atomausstieg im eigenen Haushalt durch Wechsel des Stromanbieters www.atomausstieg-selber-machen.de
- Beratungsgesellschaft zu Energieeinsparung für den Klimaschutz www.co2online.de
- Alles über erneuerbare Energien www.unendlich-viel-energie.de
- Effiziente Stromnutzung in privaten Haushalten www.initiative-energieeffizienz.de
- Klimabündnis der europäischen Städte mit indigenen Völkern der Regenwälder www.klimabuendnis.org
- Klimainfos des Umweltbundesamtes www.klimaschuetzen.de
- Infos und Anregungen vom BUND www.bund.net/klimaschutz
- Energiepolitik der grünen Bundestagsfraktion www.energie-ist-gruen.de

Mobilität: Rückgrat ist der öffentliche Verkehr

Die Mobilität der Zukunft besteht aus einem intelligenten Mix der Verkehrsmittel. Er schont die Umwelt und das Portemonnaie. Strecken unter einem Kilometer lassen sich für die meisten Menschen spielend zu Fuß bewältigen. Die Hälfte aller Autofahrten bleibt unter fünf Kilometern. Parkplatzsuche mit eingerechnet, ist man vor allem in Städten mit dem Fahrrad häufig schneller. Rückgrat einer kombinierten umweltfreundlichen Mobilität aber ist der öffentliche Verkehr.

Viele Anbieter öffentlicher Verkehrsmittel beraten über Alternativen zum Autofahren. Carsharing, Mitfahrergemeinschaften oder Pendlernetze erweitern den Aktionsradius nach Bedarf. Und für umweltfreundliches Reisen in Deutschland und Europa gibt es die Bahn oder Reisebusse.

Zu viele Spritfresser

Autos und Flugzeuge gehören zu den Großproduzenten von Klimagasen. Eine einzige Flugreise in die Karibik verursacht mehr klimaschädliche Abgase, als 80 Menschen in Tansania das ganze Jahr über erzeugen. Die heute auf dem Markt befindlichen Autos sind nicht nachhaltig in Produktion und Betrieb und vor allem gierige Spritfresser. Wichtige Zukunftstrends wie Rußpartikelfilter oder Hybridantrieb haben die deutschen Autohersteller verschlafen.

Natürlich ist Mobilität auch Bewegungsfreiheit. Verschiedene Mobilitätsbedürfnisse verlangen daher angepasste Lösungen. Ob es die Lebenswirklichkeit von Menschen auf dem Land ist, von Berufspendlern oder viel beschäftigten Müttern – Lasten müssen transportiert werden, dünne ÖPNV-Angebote in ländlichen Regionen lassen oft keine andere Wahl zu als das Auto. Im Zeitalter der Globalisierung sind der massenhafte Austausch von Gütern und weltweites Reisen – ob beruflich oder touristisch – eine Realität, der man sich stellen muss.

Ökoeffiziente Alternativen

In einem umweltfreundlichen Mobilitätsmix spielt der öffentliche Verkehr die zentrale Rolle. Ihn zu fördern, ihn attraktiver und benutzerfreundlicher zu gestalten, dafür setzt sich grüne Verkehrspolitik seit Jahren ein. Dazu gehören faire und einfache Tarife, mehr Fahrgastrechte etwa bei Verspätungen, dichte, aufeinander abgestimmte Takte und eine Ausweitung des Angebots.

Aber auch ergänzende Bausteine wie Carsharing, Mietwagen, Mieträder, Mitfahr- oder Lieferdienste im ländlichen Raum müssen weiter gefördert werden. Wir wollen dafür einfache und sichere Bezahlsysteme: Ein Ticket muss reichen, um von Tür zu Tür zu reisen.

Einen wichtigen Beitrag erwarten wir von der Industrie. Die Automobilkonzerne halten jedoch ihre Selbstverpflichtungen beim CO₂-Ausstoß nicht ein. Stattdessen verhindern sie mit ihrer massiven Lobby konsequente gesetzliche Maßnahmen. Bei der vorgeschriebenen CO₂-Kennzeichnung hat die Autoindustrie die verbraucherfeindlichste Lösung durchgesetzt. Die Förderung des Dieselfilter ist ein ums andere Mal verschoben worden. Die Autolobby findet immer wieder willfährige Helfer in den schwarz-rot-gelben Regierungen in Bund und Ländern.

Damit endlich ökoeffiziente Alternativen für Sprit fressende Autos auf den Markt kommen, wollen wir Verbrauchsgrenzwerte europaweit festlegen, wie dies in Japan, Kalifornien und selbst in China bereits der Fall ist. Das wird grundlegende Umstellungen bei den Antriebs-, Kraftstoff- und Produktionstechniken erfordern. Das Drei-Liter-Familienauto muss schon morgen Standard sein. Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass der Flugverkehr nicht mehr subventioniert wird. Deshalb fordern wir die Einführung einer europaweiten Kerosinsteuer und die Erhebung von Mehrwertsteuer auf alle Flüge, außerdem eine Flugticketabgabe. Schließlich wollen wir den Flugverkehr in den Handel mit CO₂-Emissionsrechten einbeziehen, damit notwendige klimafreundliche Alternativen mit mehr Druck entwickelt werden.

Umweltverträglicher unterwegs

Eigentlich ist es ganz einfach: öfter mal das Auto stehen lassen. Selbstversuche ohne Auto offenbaren ein gesteigertes Lebensgefühl: keine Emissionen erzeugt, die körperliche Bewegung tut gut. Wie und wie schnell man mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu jeder Adresse in Deutschland kommt, kann man durch die erweiterte Reiseauskunft der Bahn erfahren. Wer ohne Auto auskommen will oder muss, für den bieten vielerorts professionelle Angebote Unterstützung. Ein besonders positives Beispiel ist die MobilCard vom Verkehrsverbund Hannover. Sie bietet Zugang zu Carsharing-Angeboten und zu öffentlichen Verkehrsmitteln. Mobilpakete wie dieses finden immer mehr Kunden, auch weil sie Kosten sparen.

Weiteres Positivbeispiel ist der Internet-Lieferservice vieler Drogerien und Einzelhandelsgeschäfte. Die gebündelte Anlieferung erspart individuelle Autofahrten und das Schleppen schwerer Einkäufe.

Manche Reisen lassen sich nun einmal nicht vermeiden. Wer für sein Unternehmen um die Welt oder nur nach Rom jetten muss, spendet zum Ausgleich an die Klima-Initiative atmosfair und lässt das Auto am Wochenende stehen.

Schon gewusst?

Tipp von Greenpeace:

- Alle Kosten für ein Auto summieren sich bei 15.000 Kilometer Fahrleistung pro Jahr auf 4.936 € (Kalkulation für einen Golf 1.4).
- Für 3.250 € dagegen gibt es die Bahncard 100 für alle Fahrten im DB-Netz und für viele Städte auch als Cityticket im Nahverkehr. Bleibt noch genug Geld für ein neues Fahrrad und zwei Taxifahrten pro Woche.

Links:

- Fliegen mit einer Spende für den Klimaschutz ausgleichen www.atmosfair.de
 - Schulwege für Kinder abgasarm gestalten www.kinder-meilen.de
 - Verein für zukunftsfähige Verkehrspolitik www.vcd.org
 - Wenn man mal ein Auto braucht www.carsharing.de
 - Fahrgemeinschaften bilden – Spritkosten sparen www.pendlernetz.de
 - Mobilität intelligent kombinieren www.gvh.de/hannovermobil.html
 - Der adressscharfe Routenplaner der Deutschen Bahn [erweiterte Suche] reiseauskunft.bahn.de
 - Errechnet Zeit und Kosten alltäglicher Mobilität www.bund-naturschutz.de/anwendung/fahrtwege
 - Kompass zur Umweltverträglichkeit von Reisen www.reisekompass-online.de
- Verkehrspolitik der grünen Bundestagsfraktion gruene-bundestag.de -> Themen -> Verkehr&Bau

Wohnen: Gute Nachbarschaft

Wohnen ist Lebensqualität. Gesund und giffrei wohnen, ökologisch bauen, soziale Nachbarschaften beachten und nachhaltig planen – nicht nur bei Stararchitekten sind das zukunftsweisende Maßstäbe. Eine kluge Stadtplanung setzt zudem auf kompakte Siedlungsformen. Denn sie vermeiden unnötige Naturzerstörung, minimieren Kosten für Infrastrukturleistungen und verbinden die Vorteile eines attraktiven Wohnumfeldes mit einer intakten Nachbarschaft.

Altlasten und ungebremste Zersiedelung

Bei unserem Kampf gegen Gifte in unserem Wohnumfeld konnten wir schon zahlreiche Erfolge verbuchen. Doch der Fortschritt ist auch hier oft eine Schnecke. Immer noch sterben Menschen an den Folgen von Asbest, obwohl es bereits seit Jahrzehnten als Baumaterial verboten ist.

Klein, aber mein. Nach dieser Devise werden Häuser gebaut und Grundstücke zugeschnitten. Wozu das führt, ist allenthalben zu beobachten: überbordender Flächenverbrauch und Zersiedelung der Landschaft. Auch zur Energieverschwendung tragen solche Wohnformen bei.

Giftfrei und ressourcenschonend wohnen

Gesundes Wohnen darf keine Frage des Geldbeutels sein. Baumaterialien müssen ohne Gifte auskommen, eine strenge Chemikalienkontrolle hat das sicherzustellen. Krankmacher wie chemische Holzschutzmittel oder Lösungsmittel müssen tabu sein.

Nachhaltig erzeugte Bau- und Wohnmaterialien wollen wir bei der Markteinführung unterstützen, damit sich ihre ökologischen Vorteile am Markt durchsetzen können. Vor allem wird es sich bemerkbar machen, wenn bei konventionellen Produkten die Umweltkosten in den Preis integriert werden.

Zur Einsparung von Energie haben wir zu rot-grünen Regierungszeiten ein Gebäudesanierungsprogramm aufgelegt. Zehntausende von Arbeitsplätzen sind so entstanden. Nun fordern wir ergänzend einen Energieausweis, der Überblick über die energetische Beschaffenheit und die Schwachstellen eines Gebäudes sowie dessen eventuellen Sanierungsbedarf verschafft.

Doch was tut die schwarz-rote Bundesregierung? Sie verzögert die fällige Energieeinsparverordnung und effiziente Sanierungsmaßnahmen durch die Wohnungswirtschaft. Strom aus erneuerbaren Energiequellen wird dank Rot-Grün gesetzlich gefördert, wir haben ein entsprechendes Gesetz für den Wärmemarkt vorgelegt. Doch die jetzige Regierung verweigert eine entsprechende Förderung.

Gesund wohnen – Energie sparen

Ökologische Baustoffe besitzen eine hervorragende Umweltbilanz und Materialqualität. Vielseitige Naturtalente wie Holz aus nachhaltiger Waldbewirtschaftung tragen das FSC-Siegel oder den blauen Engel. Sie tragen zu einer behaglichen und gesunden Wohnatmosphäre bei und bedienen mittlerweile die unterschiedlichsten Stilrichtungen.

Kluge HausbesitzerInnen nutzen die Förderung der CO₂-Gebäudeprogramme, die die energetische Sanierung von Gebäuden und den Neubau von Energiesparhäusern durch zinsgünstige Darlehen unterstützen.

Bei entsprechender Förderung können WohnungsbesitzerInnen, Eigentumsgemeinschaften und Kommunen sogar zum Wärme-Selbstversorger werden: Mit Biogasanlagen, die in das Gasnetz einspeisen oder Blockheizkraftwerken und Holzbrennanlagen, die Nah- und Fernwärmenetze bedienen. Das Vorbild Solardach hat sich bereits zum echten Renner entwickelt.

Links:

- Baulabel-Datenbank www.baulabel.de
- Nachhaltige Entwicklung im Bausektor www.natureplus.de
- gruene-bundestag.de ->Themen -> Verkehr&Bau

Textilien, Spielzeug, Teppiche: Naturstoffe im Vorteil

Kleidung, Spielzeug, Textilien und Teppiche – viele Dinge des täglichen Lebens kommen uns sehr nah. Deshalb sind hier natürliche Materialien wie Baumwolle, Seide und Holz immer gefragter. Ökologische und ethisch verantwortungsvolle Produktionsweisen spielen ebenso eine wichtige Rolle.

Seit einigen Jahren sind bei Designern und Modeherstellern Öko-Linien auf dem Vormarsch. Versandhändler und Textilketten reagieren mit eigenen Kollektionen. Modischer Schick, dem man das „Öko“ nicht unbedingt ansieht, kommt so aus der Nische und wie selbstverständlich in die Kleiderschränke der KundInnen.

„Green-Fashion“ setzt weder chemische Behandlung und Ausrüstung noch umweltschädliche Produktionsverfahren ein. Die Waren sind haltbar, reparaturfreundlich und haben das Zeug, auch einer zweiten Hand noch zu gefallen.

PAKs und Kinderarbeit

Zu viele Produkte des täglichen Lebens enthalten immer noch giftige Stoffe. Kinderspielzeug zum Beispiel: In manchen Kunststofftieren finden sich Weichmacher und Polyaromatische Kohlenwasserstoffe (PAKs), in Puppen wurden schon Schwermetalle nachgewiesen. So manches bleibt im Dunkeln. Mehr als 100.000 Altchemikalien, die schon lange genutzt werden, sind gar nicht oder nicht ausreichend untersucht.

Die Herstellungsbedingungen vieler Textilien und Spielzeuge stehen zu Recht in der Kritik. Oft geht die Produktion von Billigwaren zu Lasten der Schwächsten in der weltweiten Handelskette: der NäherInnen, TeppichknüpferInnen und FabrikarbeiterInnen. Die internationale Arbeitsorganisation (ILO) gibt an, dass weltweit 171 Millionen Kinder illegal und unter schwersten Bedingungen arbeiten. Ob die Globalisierung ihnen Chancen eröffnet oder zu ihrer Ausbeutung beiträgt: Wir haben es mit in der Hand.

Gesicherte Qualität und fairer Handel

Ständig erhalten wir neue Erkenntnisse über die Gefährlichkeit von Alltagschemikalien. Sie zeigen, wie notwendig ein strenger Rechtsrahmen für die Umwelt und den gesundheitlichen Verbraucherschutz ist.

Hier will die EU mit der neuen Chemikalienverordnung REACH ansetzen. Leider wurde REACH im Laufe der Beratungen durch den Einfluss der Chemielobby immer stärker verwässert. Die schwarz-rote Bundesregierung und der deutsche EU-Kommissar haben sich dabei als besonders industriefreundlich und verbraucherfeindlich hervorgetan.

Wir wollen, dass die Chemikalienüberprüfung so verbraucher- und umweltfreundlich wie möglich ausfällt. Produkte, die bedenkliche Chemikalien enthalten, sollen daraus keinen Wettbewerbsvorteil ziehen können. Für bekannte Umweltgifte wie Perfluorooctansäure (PFOA) wollen wir klare Verbote erreichen. Darin liegt auch ein Anreiz für eine innovative nachhaltige Chemieproduktion.

Viele Textilien werden mit Hilfe von Gentechnik-Baumwolle oder unter Einsatz von Pestiziden hergestellt. Hier setzen wir uns für wirksamere internationale Sicherheitsstandards und verbesserte Kennzeichnung im internationalen Handel ein.

Damit faire Löhne, menschenwürdige Arbeitsbedingungen und soziale Standards weltweit eingehalten werden, müssen verbindliche, internationale Normen geschaffen werden. Nationale Richtlinien und Verhaltenskodizes für die Wirtschaft müssen sie ergänzen. Regelverstöße sind zu ahnden. Wir sind auch nicht bereit hinzunehmen, dass die Welthandelsorganisation (WTO) alle ökologischen und sozialen Fortschritte torpediert.

Zahlreiche Siegel und Informationsportale regen zu fairem Konsum im Alltag an. Die verschiedenen Labels müssen vereinheitlicht werden. Wir fordern öffentlich kontrollierte Kriterien und ein unabhängiges Prüfinstitut, das auch die Weiterentwicklung verbrauchernaher Informationssysteme zum nachhaltigen Konsum zur Aufgabe hat.

Innere Werte zählen

Kritische VerbraucherInnen fragen zunehmend nach den „inneren Werten“ der Produkte: nach Schadstoffen, Ressourcenverbrauch, Langlebigkeit und Herstellungsbedingungen. In ihrem eigenen Interesse, aber auch, weil sie ihre ökologische und soziale Verantwortung erkannt haben.

Ein erster Schritt zu verantwortungsbewusstem Konsum ist tatsächlich die kritische „Nachfrage“, die das Angebot bestimmen kann. Geprüfte Siegel und Labels helfen ganz konkret bei der Kaufentscheidung.

Die Jagd nach dem günstigsten Preis bringt oft keine anhaltende Freude. Auf Dauer zahlt sich nur Qualität aus. Ein T-Shirt kostet in der Herstellung gerade einmal 27 Cent. Da würde für die VerbraucherInnen ein (Solidaritäts-)Zuschlag von ein bis zwei Euro auch nicht spürbar zu Buche schlagen. Er könnte aber das Existenzminimum der lokalen Arbeitskräfte in China, Indien oder Bangladesh sichern.

Blick unter den Teppich

Ein Blick unter den Teppich würde genügen. Denn das Rugmark-Label garantiert, dass bei der Herstellung keine Kinderarbeit geleistet wurde. Rund zwei Drittel der Teppiche aus Nepal und ein Fünftel der Teppiche aus Indien tragen inzwischen das Rugmark-Label.

Links:

- Einkaufsführer für ökologische und fair gehandelte Produkte www.oeko-fair.de
- Für menschenwürdige und nachhaltige Produktionsweisen in der Textilindustrie www.saubere-kleidung.de
- Für Menschenrechte und Arbeitsnormen in der Spielzeugindustrie www.fair-spielt.de
- Internationale Initiative gegen illegale Kinderarbeit in der Teppichindustrie www.rugmark.de
- Umweltbundesamt über REACH www.reach-info.de
- Chemiewahlpolitik der Grünen
- Bundestagsfraktion gruene-bundestag.de
- p Themen -> Umwelt&Natur
- p Themenspecial Chemiewahlpolitik

Geldanlage: Verantwortung ist im Kommen

Geld sinnvoll anzulegen oder eigene Projekte gut zu finanzieren, sind schon für sich genommen große Herausforderungen. Doch man kann mehr tun. Bewusste und verantwortungsvolle Investoren entscheiden sich zunehmend für ethische Investments.

Besonders der Markt für regenerative Energien bringt eine neue Dynamik: Ende 2002 waren 5,5 Milliarden € in nachhaltigen Investments angelegt – 2005 waren es bereits 12,4 Milliarden.

Zwar boomen Windkraft, Solarzellenherstellung und Umwelttechnologien. Dennoch liegt der Anteil an ethischen, ökologischen und sozialen Geldanlagen in Deutschland immer noch im Promillebereich. Hier einzusteigen ist ein Ticket in die Zukunft.

Intransparente Finanzmärkte

Nachhaltig investieren erfordert den nötigen Durchblick. Aber kaum ein Markt ist so komplex und undurchschaubar wie die Finanzmärkte. Vielen Verbrauchern fehlen überdies Vorkenntnisse und Finanzbildung für den sicheren Umgang mit weltweiten Geldgeschäften. Aber die Reichweite einmal getätigter Investitionen ist erheblich. Entscheidungen über Lebens- und Rentenversicherungen oder Immobilienfinanzierungen treffen die Meisten nur einmal in ihrem Leben. Milliarden von privaten Geldern werden hier jährlich angelegt.

Informationen sind bei Geldgeschäften besonders ungleich zwischen AnbieterInnen und Verbrauchern verteilt. Wertorientiertes Handeln der Anbieter von Finanzprodukten ist Mangelware. Und für die KundInnen auch nur sehr schwer dauerhaft nachzuvollziehen. Kaum einer weiß, was mit seinem Geld wirklich geschieht.

Für Klarheit sorgen

Wir setzen uns für umfangreiche Berichtspflichten ein, die klar machen, in welche Bereiche die Kundengelder fließen. Einen Erfolg konnten wir bereits verbuchen: Wer Altersvorsorgeverträge anbietet, muss schon heute Angaben über die Verwendung der Beiträge machen. Zum Beispiel, ob und wie ethische, soziale und ökologische Belange berücksichtigt werden. Solche Berichtspflichten wollen wir ausbauen und aussagekräftige Labels unterstützen. Damit künftig jeder nachvollziehen kann, wo sein Geld angelegt wird.

Entscheiden müssen Sie selbst

Zum vernünftigen Umgang mit Geld gehört auch, die kritische Frage zu stellen, wem ich mein Geld gebe. Es macht eben einen Unterschied, ob ein Unternehmen auch soziale und ökologische Werte verkörpert oder darauf pfeift. Bietet mein Bankinstitut auch Schuldner in Schwierigkeiten ein Girokonto und vernünftige Beratung an oder wird nur auf den größtmöglichen Profit geschaut? In welche Projekte investiert es? Nach welchen Kriterien? Ohne bewusste Verbraucher führt selbst die größtmögliche Transparenz nicht viel weiter.

Macht Geld glücklich?

Eine eher philosophische Frage. Sie wird heute in Wirtschaft und Wissenschaft intensiv untersucht.

Einen Zusammenhang zwischen Einkommen und Glückseligkeit gibt es lediglich bei einem Jahreseinkommen von bis zu 13.000 US-Dollar. Das zeigt der Worldwatch-Jahresbericht 2004 über die persönliche Zufriedenheit in 65 Ländern. Bei besser Verdienenden wird Konsum dagegen häufig zum Selbstzweck – ohne Zugewinn beim Wohlbefinden.

Mehr ist offenbar zu wenig. Folglich gerät das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts als Wohlstandsindikator einer Volkswirtschaft zunehmend in die Kritik. Viele Länder veröffentlichen mittlerweile ergänzende Berichte zum „Nationalen Wohlergehen“. Deutschland sollte folgen.

Links:

- Stiftung Warentest – finanzbezogen www.finanztest.de
- Netzwerk für Nachhaltigkeit in allen Lebensbereichen, Ratgeber zu nachhaltigem Schenken www.3plusx.net
- Spenden-Netzwerk, bei dem man auf elektronischem Wege politisch aktiv werden kann www.campact.de
- Stiftung zur Bekämpfung sozialer Missstände www.bewegungsstiftung.de
- Online-Schwarzbuch über unseriöse Unternehmen www.anlageschutzarchiv.de
- Berichte zum Zustand der Erde www.worldwatch.org
- Finanzpolitik der grünen Bundestagsfraktion gruene-bundestag.de -> Themen -> Haushalt&Finanzen

Verbraucherinformation: Bessere Rechte überfällig

Blitzschnell werden heute Informationen weltweit ausgetauscht, Grenzen verschwinden, Unternehmen und Märkte werden global vernetzt beobachtet. Warenströme sind plötzlich nachvollziehbar und werden von Globalisierungsinitiativen kritisch ausgewertet.

Die Kündigung eines Arbeitnehmervertreters in Brasilien oder Kinderarbeit in einer indischen Textilfabrik kann – dank Internet – fast unmittelbar Verbraucherproteste in der EU auslösen und so die Kunden eines deutschen Handelsunternehmens aufrütteln.

Verbraucherinnen und Verbraucher haben ein Recht auf umfassende Information. Bei Skandalen um Produkte und Firmen müssen die Namen beteiligter Unternehmen, die Herstellungsbedingungen und alle Risiken schnell und vollständig an die Öffentlichkeit. Wir arbeiten für ein umfangreiches Verbraucherinformationsrecht, das Raum für kritische Nachfragen und selbstbestimmte Entscheidungen schafft.

Unabhängige Information – Mangelware

Während wir mit Verkaufswerbung überschwemmt werden, sind unabhängige Verbraucherinformationen in der modernen Konsumwelt Mangelware. Glaubwürdiges und verständliches Orientierungswissen ist nur schwer zu finden. Nicht nur bei Fleischskandalen sind VerbraucherInnen daher massiv verunsichert. Auch wenn neue Technologien wie Nanopartikel in Produkten auftauchen oder eine Versicherungsgesellschaft von Insolvenzgerüchten umweht ist – immer wieder haben Konsumenten mit nebulösen Informationsstrategien und so genannten Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen zu kämpfen.

Information mit Lücken

Bereits zweimal haben wir Grünen Initiativen für ein Gesetz zu den Informationsrechten der Verbraucher eingebracht. Beide sind, 2002 und 2005, an der Union im Bundesrat gescheitert. Das Verbraucherinformationsgesetz der großen Koalition hat der Bundespräsident 2006 gestoppt. Das schwarz-rote Gesetz ist aus grüner Sicht voller Lücken. Nicht akzeptabel ist vor allem, dass in den Unternehmen vorhandene Informationen wegen des fehlenden Rechtsanspruchs für Verbraucher unter Verschluss bleiben sollen. Wir setzen uns weiter dafür ein, dass Konsumenten die notwendigen Informationen erhalten.

Damit die globalen Informationen am Markt auch wirksam werden können, braucht es entsprechende Informationssysteme, die den Verbrauchern die benötigten Infos strukturiert erschließen. Das Potenzial von Internetdatenbanken und Verbraucherinformationsstellen muss viel besser unterstützt werden.

Wer will, kann

Wer will, hat vielfältige Möglichkeiten, sich vor einer Kaufentscheidung kundig zu machen. Labels und transparente Kennzeichnung helfen zur schnellen Orientierung. Oder fragen Sie direkt bei Ihrem Händler nach, woher die Produkte stammen, aus welchen Stoffen und wie sie produziert wurden. Wer Qualitätsprodukte kauft, hat auch Anspruch auf gute Information.

Links:

- Der Klassiker – Produkt und Dienstleistungstests im Sinne der Verbraucher www.stiftung-warentest.de
- Der zweite Klassiker – Produkttests in Sachen Umweltverträglichkeit, Effizienz, Nachhaltigkeit www.oekotest.de
- Bringt Licht in den Label-Dschungel www.label-online.de
- Verbraucherpolitik der grünen Bundestagsfraktion gruene-bundestag.de → Themen → Agrar&Verbraucher → Themenspecial Verbraucherschutz

Beschaffen und Entsorgen mit Verstand

Ex und Hopp war gestern. Im Kreislauf liegt die Zukunft. Ob Büropapier oder Computer, Mülltüten oder Verpackungen – längere Haltbarkeit und Wiederverwendung sind die Maximen, um überflüssigen Müll zu vermeiden und Ressourcen zu schonen.

Müll – einfach keine Lösung

Wegwerfen ist Ressourcenverschwendung. Wohin mit dem Müll? Allzu oft ist noch Mülltourismus – besonders in Richtung Entwicklungsländer – vorherrschende Praxis der Abfallwirtschaft. Skandalöse Giftmüllexporte etwa in afrikanische Länder, die auf Kosten der Ärmsten gehen, müssen ein Ende haben.

International sind anspruchsvolle Mindeststandards für die Verwertung von Abfällen gefragt. Auch hier müssen innovative und verbraucherfreundliche Konzepte wie Mehrweg-Pfandsysteme und Müllvermeidung Platz greifen.

Beschaffung – nicht nur für's Büro

In privaten und öffentlichen Büros geht jede Menge Material über den Tisch. Neben Papierwaren müssen auch Schreibutensilien, Ordner, Klebstoffe und Bürogeräte wie Drucker samt dem Verbrauchsmaterial angeschafft werden. Intelligente Kaufentscheidungen berücksichtigen natürlich Preis und Funktionstüchtigkeit. Aber auch Rohstoff- und Energieverbrauch, Wiederverwendbarkeit, Reparaturfreundlichkeit und die Umweltbelastung sollten hier eine wichtige Rolle spielen.

Wir wollen, dass die öffentliche Hand verbindlich verpflichtet wird, ein gutes Vorbild abzugeben. Nicht nur bei der Beschaffung von Büroartikeln. Auch Busse und Dienstwagen können verbrauchsärmer und sauberer sein, öffentliche Gebäude nach modernen Standards saniert werden. Es wäre ein Anfang, wenn die Bundesregierung endlich die EU-Vorgaben zur nachhaltigen Beschaffung umsetzen würde. Wir fordern alle öffentlichen Verwaltungen auf, an der europaweiten Kampagne für nachhaltige Beschaffung „Procure+“ teilzunehmen.

Biokunststoffe

Wer auf nicht-kompostierbare Plastiktüten und Verpackungen verzichtet, tut der Umwelt etwas Gutes. In manchen Ländern, so in Frankreich, sind solche Tragetaschen demnächst verboten.

Bundesregierung und deutsche Industrie sind dagegen leider gerade dabei, die Markteinführung von Biokunststoffen zu verschlafen. Bioplastik ist biologisch abbaubar und spart knappes Erdöl. Meist auf Basis von Polymilchsäure oder anderen nachwachsenden Rohstoffen produzierte Biokunststoffe decken heute erst ein Prozent des Bedarfs. Wir fordern daher ein Markteinführungsprogramm für diese Produkte.

Papier aus Papier

Die großen europäischen Produzenten von Taschentüchern, Toilettenpapier und Servietten verbrauchen immer noch meist Zellstofffasern, hergestellt aus frisch gefällten Bäumen. Jedes Jahr werden allein für sie weltweit 25 Millionen Bäume geschlagen – häufig illegal, selten in nachhaltiger Bewirtschaftung.

Papierprodukte aus Altpapier sind die bessere Alternative – ob es um Hygienepapiere oder um Papier zum Bedrucken geht. Sie schonen Wälder, verbrauchen weniger Energie und Wasser und erzeugen weniger Treibhausgase. Auch die Qualität der Produkte leidet darunter nicht. Tests der Stiftung Warentest belegen das eindeutig.

Und: Im Büro lässt sich viel Papier sparen. Doppelseitig drucken und kopieren, auf manche Ausdrucke verzichten – das wäre ein ganz guter Anfang.

Computer & Co

Private Haushalte geben nur etwa drei Prozent ihrer gesamten Ausgaben für elektronische Kommunikation aus. Sie verursachen damit aber überdurchschnittlich hohe Umweltauswirkungen durch Ressourcenverbrauch und Entsorgung der Technik.

Das geht auch anders. Ein Blick ins Kleingedruckte lohnt sich. Moderne Geräte sind bereits recyclingfähig, strahlungsarm und sparen Energie. Ein gutes Beispiel sind platzsparende Qualitätsflachbildschirme, die bis zu 70 Prozent weniger Energie verbrauchen und kaum Reparaturen haben. Auch moderne Datenträger verbrauchen immer weniger Material. Bei Handys ist es wichtig, auf die Strahlungswerte zu achten. Zu Haushaltsprodukten bieten die Marktübersichten der EcoTopTen-Kampagne verlässliche Empfehlungen. Sie erstellt Listen von Elektronik- und Elektrogeräten mit hoher Qualität, vernünftigen Preisen und guter Umweltbilanz.

Links:

- Information über umweltfreundliche Produkte k www.blauer-engel.de
- Kampagne des Öko-Instituts: ökologisch herausragende Produkte in zehn Bereichen k www.ecotopten.de
- Informationen rund um die nachhaltige Beschaffung von Fahrzeugen über Gartenausstattung bis zu Hygieneartikeln www.beschaffung-info.de
- Information und Aufklärung zu den Produktionszuständen in der Computerindustrie k www.pcglobal.org
- Gebrauchte EDV und IT-Hardware weiterverwenden www.reuse-computer.de
- Ratgeber zu energiesparender Büroausstattung www.office-topten.de
- Alles über Recyclingpapier www.initiative-papier.de
- Branchenverband der Biokunststoffindustrie www.european-bioplastics.org
- Infos über strahlungsarme Handys www.forum-elektrosmog.de
- Europaweite Kampagne für nachhaltige Beschaffung www.procuraplus.org

Noch Fragen?

Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion
Ulrike Höfken MdB, Sprecherin für Verbraucherpolitik
Arbeitskreis 2: Umwelt, Verbraucher und Verkehr
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
T. 030 / 227 56789, F. 030 / 227 56552
E-Mail: info@gruene-bundestag.de

Zum Weiterlesen:

- Klimaschutz jetzt! (Faltblatt 16|29)
- Gentechnik im Essen? Nein Danke! (Faltblatt 16|1)
- Atomkraft? Nein danke! (Faltblatt 16|6)
- Verbraucherpolitik bei Finanzdienstleistungen (Reader 16|30)

Bundestagsdrucksachen:

- 16/199 Grünes Verbraucherinformationsgesetz (Gesetzentwurf)
- 16/684 Moderne Verbraucherpolitik (Antrag)
- 16/1066 Klimaneutrale Dienstreisen (Antrag)
- 16/3549 Pestizidrückstände (Kleine Anfrage)
- 16/3757 Nachhaltiger Konsum (Kleine Anfrage)
- 16/3961 Erneuerbare Energien für Staatsgebäude (Antrag)
- 16/1888 REACH – Europäische Chemikalienrichtlinie (Antrag)

Links zum Thema:

- www.wearewhatwedo.de (Jeden Tag die Welt verbessern!)
- www.uba.de (Umweltbundesamt, informiert über Nachhaltigkeit)
- www.vzbv.de (Verbraucherzentralen, Tipps zu nachhaltigem Konsum)
- www.verbraucher.org (Verbraucher Initiative, nachhaltiger Konsum)
- www.nachhaltigkeitsrat.de (Nachhaltigkeitsrat)
- www.myfootprint.org (Test: Wie viel Ressourcen verbrauche ich?)
- www.fair-feels-good.de (Informationskampagne zum fairen Handel)

Impressum:

Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion
Öffentlichkeitsarbeit
11011 Berlin
T. 030 / 227 56789
F. 030 / 227 56552
Stand: Januar 2007